

Rede Katja Kipping, Parteitag Gotha 15.11.2015 (wörtliche Abschrift)

Liebe Genossinnen und Genossen,
verehrte Gäste,

vielen Dank für die Einladung.

In der Nacht vom Freitag zum Samstag schlugen in Paris Terroristen auf barbarische Art und Weise zu. Menschen, die einfach nur ein Konzert genießen wollten, in ein Restaurant gehen oder im Stadion ein Freundschaftsspiel verfolgen wollten, wurden Opfer von terroristischen Anschlägen. Viele verloren ihr Leben, noch mehr wurden verletzt und die Angst geht um, wo wohl die Terroristen das nächste Mal zuschlagen werden.

Die Verachtung, die hinter diesen Anschlägen steht, die Verachtung gegenüber Menschenleben, die hinter diesen Anschlägen steht, macht uns alle fassungslos.

Und in diesen Tagen sind unsere Gedanken natürlich zuallererst bei den Opfern, bei ihren Freunden und Verwandten.

Und ich lese mit zunehmender Sorge in den Nachrichten und Kommentaren, wie sich in die Trauer und die Bestürzung zunehmend Hass und Aggression mischen.

Die Bild titelt heute: „Müssen wir jetzt in den Krieg ziehen?“

Die Angst davor, wo es das nächste Mal zuschlagen lässt, lässt die Rufe lauter werden, nun den Terror mit aller Entschlossenheit zu bekämpfen.

Die Frage, die aber im Raum steht, lautet: Wie bekämpft man denn den Terror?

Es ist ja nicht so, dass es nicht schon den Krieg gegen den Terror gäbe, er wurde vor 15 Jahren ausgerufen, der Westen marschierte in Länder ein wie nach Afghanistan, Grundrechte wurden abgebaut im Zeichen des Krieges gegen den Terror. Und ist diese Welt sicherer geworden?

Nein, im Gegenteil.

Das Fazit des Krieges gegen den Terror fällt vernichtend aus.

Trotz eines riesigen Einsatzes an Geld und Menschenleben, die Kosten für die Kriege im Irak, Afghanistan und Pakistan belaufen sich bei über 3 Billionen Dollar.

Die Gesamtzahl der Todesopfer dieser Kriege wird von internationalen Ärzten auf über 1 Million Menschen geschätzt.

Und trotz alledem ist diese Welt nicht sicherer geworden. Im Gegenteil, die Zahl der Terroristen, der Salafisten hat zugenommen.

Angesichts dieser Bilanz muss man noch eins ganz deutlich sagen: Falken, ihr, die auf Militarisierung in diesen Zeiten setzt, ihr hatte euch Chance. Eure Methode, die Militarisierung, hat sich eben nicht bewährt, sie hat uns nicht vorangebracht, sie hat diese Welt nicht sicherer gemacht. Und deswegen ist es falsch, jetzt noch mehr auf einen Krieg zu setzen.

Wo immer auf die Logik des Militärs gesetzt wird, kommt es zu unschuldigen Opfern, die werden dann zynisch als Colateralschäden bezeichnet. Wer aber z. B. Familienmitglieder auf diesen Weg verloren hat, der ist womöglich eher anfällig für die Rekrutierungsversuche von Terroristen.

Und Terrorbanden wie der IS planen ja ihre grausamen Anschläge mit einem kalten Kalkül. Der IS setzt darauf, dass es in Reaktion auf diese Anschläge mehr Hass gegenüber Muslimen

gibt. Sie hoffen geradezu darauf, dass sich das gesellschaftliche Klima verschärfen wird und sie dann leichter neue Attentäter anwerben können.

Die steigende Islamfeindlichkeit ist geradezu eingeplant in dem Rekrutierungsprogramm von diesen menschenverachtenden Banden wie dem IS.

Und deshalb ist es jetzt umso wichtiger, besonnen zu reagieren.

Auf den Terror nicht mit einer verschärften Militarisierung zu reagieren, ist also nicht nur ein Gebot des Pazifismus oder des Antimilitarismus. Es geht jetzt vielmehr darum, dass wir eben nicht der terroristischen Propaganda in die Hände spielen. Und deshalb, meine ich, lasst uns jetzt besonnen reagieren, lasst nicht den Hass in unsere Herzen.

Ich sehe eine weitere Gefahr, dass AfD, Pegida und all die Rechtspopulisten und Rassisten jetzt noch mehr Zulauf haben werden. Aber wir sollten uns eines immer in Erinnerung rufen, Rassismus und religiöser Fanatismus, rassistischer Terror, islamistischer Terror, das sind feindliche Brüder. Beide stärken einander, beide brauchen einander, beide sind geprägt von einer Verachtung gegenüber Menschenleben und beide bedrohen die Werte der Nächstenliebe, der Menschenwürde und der Demokratie.

Umso wichtiger ist es jetzt, klar Flagge zu zeigen gegen jede Form von Menschenverachtung, komme sie als Rassismus daher oder als religiöser Fundamentalismus. In Stunden wie diesen, da bewähren sich wirklich unsere Werte der Demokratie und Menschenliebe.

Ich sage das auch deswegen, weil ich glaube, dass so mancher brauner Propagandist diese schrecklichen Anschläge jetzt missbrauchen wird, um die Debatten, wie wir umgehen sollen mit den Geflüchteten, anzuheizen.

Die Flüchtlingsfrage wurde ja in den letzten Wochen in den Medien vor allen Dingen behandelt als eine Art Hickhack innerhalb der Bundesregierung. In der Tat, offensichtlich ist die schwarz-rote Bundesregierung nicht in der Lage, angemessen darauf zu reagieren. Aber viel spannender als diese Paartherapie, die da auf offener Bühne stattfindet zwischen Merkel und Seehofer, ist doch, was diesbezüglich in der Gesellschaft passiert.

Wir haben in der Gesellschaft eine Polarisierung, ja eine Politisierung und die äußert sich eben zum Glück nicht nur mit einer wachsenden braunen rassistischen Gewalt, sondern sie äußert sich auch in einer Aktivierung von Menschenliebe.

Studien zufolge sind mehr als 9 Millionen Menschen in diesem Land aktiv in der Flüchtlingssolidarität geworden. Das muss man sich einmal vorstellen. Eine gesamte Generation wird anhand dieser Frage politisiert. Viele Menschen überwinden an dieser Frage eine Schwelle von „an Abendbrottisch“ zu denken, naja, eigentlich müsste man ja hin zu, okay, ich mache jetzt etwas ganz Konkretes. Und das macht etwas mit diesem Land.

Ich habe selber eine Schicht in der Kleiderkammer absolviert und konnte mich einen ganzen Tag lang davon überzeugen, mit wieviel Einsatz ehrenamtliche Freiwillige das staatliche Versagen kompensieren.

Und ich will in diesem Zusammenhang ganz klar sagen, ein riesiges Kompliment an den Thüringer Landesverband, ich habe gehört, nicht nur die Fraktionsräume, auch viele Büros der Partei, viele Wahlkreisbüros waren wirklicher Umschlagplatz für Spendensammlungen. Ihr habt gezeigt, dass wir ganz praktische Hilfe leisten. Hut ab. Und nicht nur die vielen ehrenamtlich Freiwilligen leisten Hilfe, auch viele gutwillige Verantwortliche in den Kommunen leisten Hervorragendes. Ich habe gehört, das soll nicht in allen Kommunen so sein, auffällig oft in den CDU-geführten Kommunen, aber ich finde eine Sache vor allen Dingen bemerkenswert. Es ist so ärgerlich, wie kurzsichtig die Bundesregierung, vor allen Dingen die Verantwortlichen im Hause de Maizière, agiert haben.

Ich habe mich vor wenigen Tagen mit dem Chef der Gewerkschaft der Polizei getroffen, wo man jetzt nicht vielleicht erwarten würde, dass sie zuallererst jetzt die flüchtlingspolitischen

Positionen der LINKEN unterschreiben. Und ich habe viele Gemeinsamkeiten festgestellt. Er hat mir z.B. ganz klar gesagt, es gab die Berichte von Frontex. Wer sehen wollte, hätte wissen müssen auf der Bundesebene, dass wir eine Zunahme an Flüchtenden haben und dass man sich dieser Aufgabe stellen soll. Und es ist jetzt eine Situation, wo viele Ehrenamtliche und die Gutwilligen in den Kommunen die Kurzsichtigkeit in dem Hause de Maizière ausbaden müssen. Und vor diesem Hintergrund muss ich wirklich sagen, es ist bemerkenswert, was alles logistisch gestemmt wird, wie viel mehr hätten wir stemmen können, wenn das Haus de Maizière vorausschauend gehandelt hätte.

Die Flüchtlingsdebatte wirft ja viel mehr als logistische Fragen auf. Mit den vielen, die in die Flucht getrieben werden und die hier ankommen, platzt eben auch die unbequeme Frage nach den Fluchtursachen in die bis dato heile Welt des märkischen Biedermeiers.

Die Frage nach den Fluchtursachen wird ja nun oft missbraucht, um sie gegen konkrete Hilfe für die hier Ankommenden zu wenden. So meine ich das aber nicht. Aber wer genau hinschaut, der muss sagen, Deutschland, die EU-Institution, die USA, ja der Westen, all diese haben eine große Verantwortung an den Fluchtursachen.

Und ich will gar nicht alle benennen und nur auf ganz wenige eingehen.

Schauen wir uns nur einmal die Situation in den Camps, die vom Flüchtlingswerk der UN betrieben werden, an, die UNHCR-Camps. Die reichen Länder haben sich geweigert, verbindlich Verantwortung zu übernehmen. Die Lebensmittelrationen in diesen Camps mussten gekürzt werden. In diesen Camps hätte man mit deutlich weniger Geld vielen Menschen Hunger ersparen können und womöglich auch verhindern können, dass Menschen sich weiter auf die Flucht begeben. Und da fragt man sich doch, als die deutsche Regierung sich geweigert hat, dort ganz konkrete humanitäre Hilfe zu leisten, hat sie ernsthaft erwartet, dass die Menschen dort stillschweigend und verzweifelt warten und hungern und sich ergeben in ihr Schicksal? Mit viel weniger Geld hätte man dort etwas bewirken können und es ist eine große Schande, wie die Bundesregierung sich hier vor ihrer Verantwortung gedrückt hat.

Wenn wir über Fluchtursachen reden, geht es übrigens gar nicht immer darum, viel mehr Geld in die Hand zu nehmen, manchmal würde es einfach nur reichen, das Falsche, das Schädliche zu unterlassen. Denken wir nur z.B. an die Beteiligung deutscher Firmen oder auch deutscher Banken am Landraub. Das wird in der Fachliteratur oft als Land-Grabbing beschrieben. Landraub meint, dass Konzerne, oft große Agrarkonzerne, mit fragwürdigen Machthabern vor Ort Geschäfte abschließen, Land bekommen und im Zuge dessen Familien, die seit Generationen auf einem Stück Land leben und denken, dass es ihres ist und ihre Lebensgrundlage bestreiten, dieses Land einfach entzogen bekommen und gewaltsam vertrieben werden. Und was machen Leute, wenn ihnen ihre Lebensgrundlage entzogen wird und es bloß bedingt alternative Arbeitsplätze vor Ort gibt? So manche Familie sah sich gezwungen, dann wenigstens den ältesten Sohn auf die Flucht zu schicken in der Hoffnung, dass er dann in dem Europa noch etwas Geld verdient und ihnen etwas zuschicken kann. Oder nehmen wir die Handelsabkommen, die die EU gegenüber afrikanischen Staaten durchsetzt in Verbindung mit den Agrarsubventionen. Diese Abkommen zwingen afrikanische Länder auf Schutzzölle zu verzichten. Und die Agrarsubventionen führen dazu, dass Produkte zu Schleuderpreisen dort die Märkte überschwemmen können und damit natürlich einheimische Handwerker, einheimischen Bauern die Lebensgrundlage entziehen. Der taz-Journalist Gottschlich berichtete von einem Tomatenbauer aus Ghana.

Seine Familie lebt mehr schlecht als recht, aber sie kamen über die Runden, indem sie Tomaten anbauten und diese in der Hauptstadt verkauften. Seit einiger Zeit konnte sie diese Tomaten nicht mehr absetzen. Warum? Nicht, weil den Leuten in Ghana der Appetit auf

Tomaten vergangen ist, sondern schlichtweg weil in den Supermärkten jetzt die Dosentomaten, die mit Agrarsubventionen besonders preiswert sind, angelaufen sind und seine Tomaten, obwohl er wirklich bloß eine geringe Gewinnspanne hat, einfach nicht mehr mithalten können. Seine Lebensgrundlage wurde ihm entzogen. Ihm blieb nichts weiter übrig, als einen Teil seines Landes zu verkaufen, das Geld seinem ältesten Sohn zu geben und zu sagen, du musst jetzt den Weg nach Europa schaffen, du musst dort irgendwie Geld finanzieren, damit deine Familie hier überleben kann.

Die EU hat eine Mitverantwortung dafür, dass Menschen in die Flucht getrieben werden und wenn wir den Menschen, die hier ankommen, ein Mindestmaß an Teilhabe gewährleisten, dann ist das schlichtweg wie eine Art Reparationszahlung für das Elend, was die EU-Institution in anderen Ländern anrichten.

Und während Konservative und Rechtspopulisten vor allen Dingen jetzt über Wirtschaftsflüchtlinge herziehen, finde ich, ist es unsere Aufgabe, eine Sache deutlich zu unterstreichen: die Vielen, die hier Grenzen überwinden müssen, führen uns die Begrenztheit, unsere Art zu produzieren, unsere Art zu handeln, ja die Begrenztheit einer kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung deutlich vor Augen.

Aber kommen wir zu etwas Erfreulichem.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in unserer Partei gab es lange eine Debatte darüber, wie das so ist mit der Regierungsbeteiligung. Es gab viele Sorgen, die Partei könnte dabei verlieren, unsere Ziele und Ideale wären nicht mal sichtbar, nicht mal wahrnehmbar. Das sind natürlich Sorgen, die wir ernst nehmen müssen. Und nachdem wir nun eine Weile den Praxistest in Thüringen haben, möchte ich einfach einmal ganz herzlich danken.

Ihr in Thüringen habt sehr deutlich gezeigt, DIE LINKE an der Spitze, macht den Unterschied. Das beginnt bei Eurem Auftreten in der Flüchtlingsdebatte. Ihr habt gezeigt, und Bodo ganz im Besonderen, eine klare humanistische Grundhaltung und ein Pragmatismus der Tat, das sind keine Gegensätze, die kann man zusammenfassen und erst zusammen wird es stark. Ihr habt darüber hinaus, verschiedene Maßnahmen bereits in den ersten Monaten in die Wege geleitet, die man gut weiter erzählen kann, mit denen man für eine linke Politik werben kann. Das Recht auf einen Bildungsurlaub, das Abschalten von V-Leuten, den 8. Mai als Gedenktag, das sind alles Maßnahmen, wo man nicht lange reden muss, die man einfach weiter erzählen kann und ja, ich schreibe ja auch lieber lange Texte, aber ich finde im Zeitalter von Twitter ist es auch wichtig, dass man so manchen Erfolg mal in der Länge von 140 Zeichen zum Ausdruck bringen kann, damit ihn andere nicht nur weiter erzählen, sondern auch retweeten können. Das spricht sich rum, das trägt zur Verbreitung bei. Kompliment für Eure Leistung.

Erst Ende letzter Woche konnte ich wieder twittern, dass Thüringen mehr Geld in den sozialen Wohnungsbau steckt und ich finde, das ist eine passende Antwort auf die Herausforderungen, die vor uns stehen. Natürlich haben wir einen Mangel an bezahlbarem Wohnraum und wir brauchen mehr bezahlbare Wohnungen, übrigens gleichermaßen, für Geflüchtete wie für Menschen mit niedrigem Einkommen, die schon länger hier leben. Und hier mehr Geld in die Hand zu nehmen, ist die richtige Antwort, die es auch verhindert, dass Menschen gegeneinander ausgespielt werden.

Ihr habt 500 zusätzliche Lehrer eingestellt, jetzt soll eine Vertretungsreserve ausgebaut werden. Mehr Personal in Bildung, das ist schon lange eine wichtige und richtige Forderung

von Linken und von Gewerkschaften. Und ihre Dringlichkeit wächst jetzt, wo wir sagen, es kommen neue Schülerinnen und Schüler in die Klassen. Schülerinnen, für die die Lehrer womöglich auch mehr Zeit brauchen, weil sie besondere Probleme haben, weil man ihnen beim Deutsch lernen helfen muss, also deswegen ist es jetzt umso wichtiger zu sagen, mehr Personal in Bildung.

Nun gibt es bei einigen Medien, ich glaube einmal, die anwesenden kann man hoffentlich davon ausnehmen, aber zumindest bei einigen gibt es immer wieder das Bestreben, den Spaltpilz in uns reinzutreiben.

Es ist ja so eine schöne Geschichte zu sagen, dort in der Regierung, das sind die Pragmatiker, und dort in der Partei, im Bund, das sind die Ideologen. Erstere haben zwar kaum noch Ideale, aber sie wissen, wie es geht, letztere, die Ideologen, haben zwar hehre Ideale, aber sie haben keine Ahnung. Es ist beides sehr uncharmant in der Beschreibung und ich glaube, es ist auch genau falsch, diese Spaltung vorzunehmen, denn erst das Zusammenspiel von beiden, das macht uns handlungsfähig.

Und ich will stellvertretend für die vielen, die in Thüringen dazu beigetragen haben, dass wir hier handlungsfähig waren, einfach einmal herzlich Danke Bodo, Susanne, Anke und Steffen, sagen. Danke auch für die gute verlässliche Kommunikationsarbeit. Wisst Ihr, in Zeiten, wo alles so schnell geht mit Twitter, immer Kommunikation in Echtzeit stattfindet, ist es total wichtig, dass es gute Kommunikationsfähige gibt, dass wir voneinander wissen und dass wir nicht in die Falle tappen, uns gegeneinander ausspielen zu lassen, sondern uns immer ergänzen mit unseren unterschiedlichen Aufgaben.

Und jenseits der Tagespolitik muss ich als bekennende Feministin noch etwas loswerden. Ihr wisst, als ich zur Parteivorsitzenden gewählt wurde, war meine Tochter sieben Monate alt. Ich hatte bis dahin den Stillrhythmus von 5 Stunden geschafft. Die Partei lag damals in den Umfragen bei unter 5 Prozent. Am Tag meiner Wahl fragte mich dann auch ein Genosse, ob er denn nun das Jugendamt informieren müsse, denn angesichts der großen Aufgabe, die vor einer Parteivorsitzenden nach Göttingen lag, wäre das ja nur mit Kindswohl-, wäre ja ganz offensichtlich, mit -vernachlässigung und Kindswohlgefährdung zu rechnen. Inzwischen ist DIE LINKE bundesweit bei 9 – 10 Prozent. Meine Tochter wächst und gedeiht und plant ganz stolz ihre vierte Geburtstagsfeier. Und ich bin froh, dass nicht nur ich, sondern mehrere junge Mütter und Väter in unserer Partei neue Standards gesetzt haben, dass wir deutlich gemacht haben, ein glückliches Familienleben und Verantwortung in Führungsposition und eine gute Politik, das muss sich nicht ausschließen. Und wisst Ihr, dazu gehören auch so Kleinigkeiten wie das, wenn bei uns der Parteivorstand tagt, bieten wir immer parallel einen Babysitting an. Das nehmen mehrere junge Eltern gerne wahr und ich muss sagen, wenn ich meine Tochter mitnehme, ich habe das Gefühl, sie freut sich zumindest genauso sehr wie ich auf die Tagung, manchmal ist das Gefühl sogar mehr, vielleicht ist ja im Spielzimmer mehr los, und während wir im Parteivorstand uns die Köpfe heiß reden, toben fröhlich mehrere Kinder durchs KL-Haus. Und ich habe den Eindruck, wenn ich Verwandten oder in meinem Freundeskreis davon berichte, dann nehmen diese Berichte so manchen für unsere Partei sogar noch mehr ein als es das klügste Flugblatt zur Familienpolitik tun könnte.

Liebe Susanne,

ich bin froh, dass wir da ganz neue Selbstverständlichkeiten zeigen und dass wir unseren bescheidenen Beitrag leisten, um dem Patriarchat eins auszuwischen. Ich finde, das Patriarchat hat das verdient.

Die aktuelle Nachrichtenlage ist seit Monaten, ja seit Jahren eigentlich von Krisen bestimmt. Die Eurokrise.. jetzt reden viele von der Flüchtlingskrise, auch wenn ich das Wort nicht mag, weil ich finde, die Vielen, die kommen, sollte man nicht nur als eine Belastung, sondern auch als eine Bereicherung ansehen, Kriegsgefahren, Terrorgefahren, das sind alles Krisen, und das Ganze geht einher mit einer ganz auffälligen Nichtthematisierung von sozialen Themen und von Umverteilungsfragen.

Und ich finde diese Nichtthematisierung kommt der jetzigen Bundesregierung, kommt schwarz-rot zugute.

Unsere Aufgabe ist es, Fragen der Umverteilung, soziale Themen, immer wieder auf die Tagesordnung zu setzen und auch die SPD hier an ihre Versprechen im Wahlkampf vor zwei Jahren zu erinnern.

Und das sage ich gar nicht, weil wir dickköpfig als Linke immer wieder unsere Themen stark machen müssen, sondern es gibt eine Verwobenheit von sozialen Fragen und den erschreckenden gesellschaftlichen Entwicklungen von Rassismus. Und dabei meine ich jetzt nicht, dass es sozusagen irgendeine Entschuldigung dafür gäbe, zum Rassist zu werden. Es gibt keine mildernden Umstände dafür, dass man zum Rassisten wird, egal ob Banker, Bäcker oder Bettler, es gibt keine mildernden Umstände dafür. Jedoch wissen wir, dass eine Gesellschaft, in der Abstiegsängste und Existenzängste dominant sind, indem es, wie Heinz Budde schreibt, die Angst, die Existenzangst als permanentes Rauschen im Hintergrund gibt, eine solche Gesellschaft schafft einen Nährboden für rassistische und für braune Propaganda.

Und wenn wir dem Rassisten den Zulauf abdrehen müssen, dann müssen wir um diese Mechanismen wissen. Deswegen ist die Sozialgarantie, die Bodo gefordert hat, und die wir von Bundesebene auch gleich eingefordert haben, so wichtig. Nicht, weil man sagen muss, gebt den Leuten 1.000 Euro im Monat, dann werden sie nicht zu Rassisten, so simpel funktioniert es nicht, aber man kann als Politik Einfluss auf gesellschaftliche Dynamiken nehmen. Und das hat die Bundeskanzlerin gemacht, als die Bankenkrise bevorstand und die Skepsis gegenüber Banken wuchs, täglich, da ist sie vor die Kamera getreten, damals mit Herrn Steinbrück, und hat gesagt, ja, natürlich werden alle Einlagen sicher sein, wir sprechen hier eine Garantie aus. Das hat eine gewisse Sicherheit und wieder Vertrauen in die Banken gegeben. Und in einer Situation wie jetzt, tut es not, deutlich zu machen, es wird keine Sozialkürzung geben, es wird keine Rentenkürzung geben.

Und die Kampagne, die die Bundespartei hier gestartet hat, gegen Prekarisierung der Lebens- und Arbeitswelten, ist umso wichtiger. Ich will nur ein Beispiel nennen – die sachgrundlosen Befristungen. 45 % der Neueinstellungen bekommen bloß noch einen befristeten Arbeitsvertrag. Und Konzerne wie Amazon nutzen das hervorragend als Herrschaftsmittel. Das ist geradezu Konzernstrategie, niedrige Löhne, befristete Arbeitsverträge, das bedingt sich gut, wenn du nur darauf hoffst, möglicherweise dein Vertrag verlängert zu bekommen, ist eben die Wehrhaftigkeit gesunken. Umso wichtiger ist es jetzt, dass trotzdem sich Beschäftigte zur Wehr setzen. Wir unterstützen die Kämpfe von Amazon und anderswo.

Wir haben eine Kampagne gegen sachgrundlose Befristung, wir haben aber auch im Detail dieser Kampagne, das muss drin sein, ist eben auch weiterhin der Kampf gegen Hartz IV. Seit 11 Jahren müssen wir jetzt mit Hartz IV leben. Ich habe erst vor wenigen Tagen im Bundestag dazu gesprochen und habe noch einmal darauf hingewiesen, das Leben mit Hartz IV bedeutet eben auch Leben mit materieller Unterversorgung und habe das an ein paar Sachen verdeutlicht. Um nur einen Punkt jetzt einmal zu nennen – die Hälfte aller Hartz IV Betroffenen hat Schulden, d. h. die haben Null Polster. Wenn dort eine Waschmaschine

kaputt geht, ist das eine Katastrophe, weil es gibt kein Polster, auf das man zurückgreifen kann, gibt. Es gibt auch kein Einkommen, von dem man das einmal schnell abzwacken kann. D.h. Menschen werden erneut in die Schuldspirale hineingetrieben. Und bemerkenswert war die Reaktion des CDU-Redners. Ich habe übrigens diesmal viel mehr Wert darauf gelegt, die Rede des CDU-Redners zu verbreiten im Netz, weil ich finde, die sagt fast mehr als das, was wir sagen konnten aus, weil, sie reagierten so offensichtlich gelangweilt und machten sich noch darüber lustig, dass man auch elf Jahre nach der Einführung von Hartz IV darüber spricht. Aber Millionen Menschen in diesem Land müssen weiterhin mit der Realität von Armut zu tun haben. Und deswegen ist für uns als Linke klar, mit Hartz IV gibt es keinen Frieden. Wir kämpfen für seine Abschaffung und wir sagen ganz klar, was wir stattdessen haben wollen, nämlich eine sanktionsfreie Mindestsicherung, denn unter 1.050 Euro droht einfach Armut.

Die Abschaffung des Sanktionssystem Hartz IV ist ein ganz erster wichtiger Schritt in diese Richtung und deswegen waren wir auch so froh über die Richtervorlage, die aus Thüringen kam, lieber Jens Petermann, ich weiß, Du hast das als Jurist gemacht, ich kann nur sagen, politisch hilft uns das sehr, damit können wir gut argumentieren.

Liebe Genossinnen und Genossen,
der Einsatz für eine friedliche Welt, der Einsatz für soziale Gerechtigkeit, das war immer ein Urthema der Linken, da waren wir als Linke, oder sind wir als Linke, immer eine verlässliche Stimme. Und ich finde, in Zeiten wie diesen, wo Existenzängste den Nährboden für Rassisten betreiben, wo die Ängste vor Terror genutzt werden für eine Militarisierung, in Zeiten wie diesen, wo die Spirale von Terror und Krieg sich weiter dreht, in Zeiten wie diesen, ist unser Einsatz für Frieden und soziale Gerechtigkeit mehr denn je gefragt. Wir haben eine große Verantwortung für diese Gesellschaft.

Vielen Dank.